

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Belehrungsblätter der Verwaltung des K. S. Staatschulden und der K. S. Land- und Landeskulturrentenbank-Verwaltung, Übersichten des K. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundstückliche Entscheidungen des K. S. Landesversicherungsamts, Jahresbericht und Rechnungsausschluß des Landesversicherungsamts, Verkaufsstelle von Pflanzensamen auf dem K. S. Staatsforstrevier.

Nr. 192.

Mittwoch, 20. August

1913.

Bezugspreis: Beim Bezug durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1296, Nebaktion Nr. 4574.

Auskündigungen: Die 1-spaltige Grundseite oder deren Raum im Auskündigungsblatt 30 Pf., die 2-spaltige Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingesandt) 150 Pf. Preisdienstlich auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme norm. 11 Uhr.

Zu Stettin beschlossen vier große Werksarbeiterverhältnisse, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dagegen lehnten die Holzarbeiter die Arbeitsaufnahme ab.

Zwischen Türken und Bulgaren kam es bei der Besetzung des Ortes Kutschuk-Kale durch die türkischen Truppen zu einem lebhaften Gefecht.

Die letzten Nachrichten aus Washington lassen eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko erhoffen.

Bei einer Dynamiteexplosion in Mexiko wurden über 100 Personen getötet oder verwundet.

Amtlicher Teil.

Ministerium des Königlichen Hauses.

Se. Majestät der König haben der Inhaberin der unter der Firma Richard Poehls in Leipzig betriebenen Kaffee-Werkstatt und Kaffee- und Kolonialwaren-Großhandlung, Anna Louise Helene verm. Poehls geb. Beer vorstellig, das Prädikat „Hoflieferantin Se. Majestät des Königs“ Allerhöchstgeachtet zu verleihen geruht.

Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstgeachtet, der am 1. März 1879 in Frankfurt a. M. geborenen Marie Rosa Elisabeth verehel. Sack geb. Augustin in Leipzig-Plagwitz für die von ihr am 19. Juni mit außerordentlichem Mut und unter eigener schwerer Lebensgefahr bewirkte Errettung einer Frau vom Tode des Ertrinkens in der Lippe bei Leipzig die goldene Lebensrettungsmedaille mit der Besugnis zu verleihen, sie am weichen Bande zu tragen.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Auskündigungsblatt.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom diplomatischen Korps.

Dresden, 20. August. Der Königl. Preußische Gesandtschafter Frhr. v. Welzetz, hat Dresden mit Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit fungiert der Kaiserl. Botschaftsrat v. Kemnitz als Gesandtschafter.

Deutsches Reich.

Behörde und Handwerk.

Berlin, 19. August. Die „Nord. Allgem. Blg.“ schreibt: Wir mussten vor einigen Tagen die auf dem Handwerks- und Gewerbelemmertage gefallene und als allgemein gültig hingestellte Behauptung als unberechtigt zurückweisen, daß die ausführenden Behörden sich um die Mindestlöhne, betreffend den Handwerkerlohn, nicht kümmerten. Hiergegen wendet sich eine Buschrit aus Handwerkerkreisen an ein hiesiges Volksblatt mit dem Vorwurf der Weltfremdheit gegen unsre Quelle. Daß in Eingefällen der Geist der neuen Anordnungen bei dem einen oder dem anderen der beteiligten Beamten noch nicht durchgedrungen ist, mag zutreffen. Und ist von uns auch nicht als unmöglich bezeichnet. Solche Fälle müssen im Wege der Beschwerde verfolgt werden, und werden, falls die Angaben sich als zutreffend und von Einseitigkeiten frei erweisen, sicher ihre für das Handwerk wohlwollende Erledigung finden. Angesichts der geringen Zahl der bislang tatsächlich eingegangenen Beschwerden, und angesichts der günstigen Ergebnisse der in großem Umfang stattgehabten örtlichen Geschäftsprüfung durch Ministerialkommissionen — die, nebenbei bemerkt, den Vorwurf der Weltfremdheit etwas seltsam erscheinen läßt —, kann die Zahl der Fälle, in denen berechtigte Beschwerden zu erheben sind, im Verhältnis zu den zahlreichen Verbindungen der staatlichen Verwaltungen nicht groß sein. Underechtigt aber ist es, diese wenigen Fälle zu verallgemeinern und der großen Zahl von ausführenden Behörden, die mit diesem Verständnis und grossem Wohlwollen den — im Eingefall allerdings recht schwierigen — Handwerkerlohn aussüben, den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit zu machen.

Reichsstaatsvertrag für die Rechtsanwaltsangestellten.

Wie der „Ins.“ mitgeteilt wird, besteht nunmehr Aussicht, daß der von Rechtsanwaltsangestellten angestrebte Reichsstaatsvertrag in absehbarer Zeit geschaffen werden kann. Verhandlungen zwischen den Vertretungen der Rechtsanwälte und der angestellten Organisationen haben zu einer Verständigung über die hauptsächlichen Grundsätze des Arbeitsvertragsrechts der Angestellten geführt. Die Forderungen der Angestellten sind die folgenden: Einführung des schriftlichen Vertrages bis zu einer Höchstdauer von drei Jahren, zwang zum Besuch der Fortbildungsschule, Feststellung einer Höchstzahl von Lehrlingen (zwei in grösseren Betrieben, einer in mittleren und kleineren Betrieben), achtstündige Arbeitszeit, Bureauabschluß um 7 Uhr, Sonnabendfrühstück um 2 Uhr nachmittags, völlige Sonntags- und Feiertagsruhe, Bezahlung der Überstunden mit entsprechendem Aufschlag, monatliche Ruhigungsfrist, Urlaub von mindestens zwei, steigend bis drei Wochen, bei Krankheit oder militärischen Übungen Weiterzahlung des Gehalts bis zu sechs Wochen ohne Anrechnung des Krankengeldes, Mindestgehälter, die nach den Lebensverhältnissen und Durchschnittsgehältern der Wohnorte gestaffelt sind, und abgestuft werden für Lehrlinge, jüngere und ältere Gehilfen, solche Gehilfen, die Dienste höherer Art leisten, jüngere und ältere Stenotypistinnen und Bureauvorsteher. Über die Höhe der Mindestgehälter sind noch keine Abmachungen herbeigeführt worden.

Alte politische Nachrichten.

München, 19. August. Verschiedene norddeutsche und andere Blätter verbreiten die Nachricht von einer Verlobung des Prinzen Heinrich von Bayern mit der Großherzogin von Luxemburg. Sie beginnen sie damit, daß Prinz Heinrich häufiger in Schloss Hohenburg geweilt habe. Tatsächlich war Prinz Heinrich seit dem Jahre 1911 nicht mehr in Hohenburg, und alle Gerüchte von einer Verlobung sind frei erfunden.

Am Balkan.

Die endgültige Abgrenzung.

St. Petersburg, 19. August. Wie die St. Petersburger Telegraphenagentur aus Sofia erläutert, hat die griechische Regierung die bulgarische durch die Vertreter der russischen Regierung in Batarej und Sofia davon in Kenntnis gesetzt, daß von ihr drei Abgrenzungskommissionen ernannt worden sind, die sich am 22. d. M. in Demirchissar versammeln werden. — Die Städte Dedeagatsch, Xanthi und Gümüldjina werden am 21. d. M. von den griechischen Truppen geräumt werden.

Türken und Bulgaren.

Sofia, 19. August (Wiedergabe der Agence Bulgarie). Die türkischen Truppen haben gestern nach einem lebhaften Gefecht mit der kleinen bulgarischen Garnison den Ort Kutschuk-Kale endgültig besetzt. Die moselmanische Bevölkerung der Gegend hat sich der türkischen Armee angeschlossen, sich bewaffnet und unter den bulgarischen Soldaten und den bulgarischen Bewohner eine Blutbad angerichtet. Die bulgarische Regierung hat die Aufmerksamkeit der Vertreter der Mächte auf diese Tatshafte gerichtet und von neuem darauf gedrungen, daß bei der Wiederbesetzung des Gebiete durch die Bulgaren die ausländischen Militärattachés anwesend seien.

Die Adrianopeler Abordnung in St. Petersburg.

St. Petersburg, 19. August. Die Abordnung der Einwohner Adrianopels ist gestern hier eingetroffen und hat sich noch am gleichen Tage ins Ministerium des Äußeren begeben, wo sie von dem Chef der Sektion für orientalische Angelegenheiten Fürst Trubepols empfangen wurde. Dieser beschränkte sich darauf, den Delegierten zu erklären, daß ihre Mitteilungen und ihr Memorandum in Kenntnis des Ministers des Äußeren gebracht werden würden.

Rußland gegen die Pforte.

Berlin, 19. August. Aus St. Petersburg wird gemeldet, daß der Minister des Äußern Shasonow gestern eine für die ländliche Haltung Russlands gegen die Pforte wichtige Unterredung mit dem Baron hatte. Man spricht von dem bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen Russlands zu der Pforte.

Denkt die Türkei ein?

Konstantinopel, 20. August. Die Pforte befragte den Generalissimus, welche Orte jenseits der Mariza sofort geräumt werden könnten, ohne

dass die Regelung der Frage von Adrianopel abgewartet werden müßte.

Berlin, 20. August. Dem „Tag“ meldete ein Gewährsmann aus Rom, 19. August: Ich erfuhr heute von einem hervorragenden Diplomaten, daß die Pforte erklärt habe, sie würde dringend die Adrianopelfrage zu einem Abschluß zu bringen und sei eventuell bereit, auf den Vorschlag zurückzukommen, den seinerzeit Niamil-Pascha machte, d. h. den nördlichen Teil Adrianopels an Sultan abtreten, wenn man ihn den Stadtteil mit den Sultansgräbern, Moscheen und anderen Nationalheiligkeiten belasse.

Ausland.

Kaiser Franz Josephs Geburtstag.

Ein bulgarischer Glückwunsch.

Sofia, 19. August. Die bulgarische nationale Liga hat an Kaiser Franz Joseph eine Glückwunschede gesendet, in welcher der Dankbarkeit für die Unterstützung des Interesses Bulgariens von Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung Ausdruck verliehen wird. Die Depeche schließt mit den Worten: Die dankbaren Bulgaren beten heute zu Gott um Glück und lange Leben für Ew. Majestät.

Italien und Kleinasien.

Rom, 19. August. „Povo Romano“ demonstrierte eine in Paris verbreitete Depesche aus Peru, wonach die italienische Gendarmerie ein ausgedehntes Projekt zur friedlichen Durchdringung des Vilayets Adana ausgearbeitet habe, und fügt hinzu: Indem wir dieses Projekt der Durchdringung demonstrieren, müssen wir hinzufügen, daß Italien ein Land ist, das immer neue wirtschaftliche Fortschritte macht und sich überall dorthin wenden wird, wo es sich um Kleinasien oder um andere Länder handelt.

Französische Kommunalwahlen.

Paris, 20. August. Der Minister des Innern hat die Errichtung von sogenannten Kommunalgarden angeordnet, die aus nicht dienstpflichtigen, körperlich robusten Leuten bestehen sollen. Diese Garde, die keine Uniform trägt, soll im Kriegsfall die Überwachung der Eisenbahnen und die Erhaltung der öffentlichen Ordnung in den Ortschaften übertragen werden. Sie hat nicht die Eigenschaft von Kriegsführenden und ihre Funktionen erloschen, sobald der Feind die betreffende Ortschaft betrifft.

Unsicherheit in Persien.

Teheran, 19. August. (Wiedergabe der St. Petersburger Telegraphenagentur). Während eines Ausflugs wurden in der Nähe von Muhammara der Gouverneur Fuhrmann und der Kapitän eines persischen Zolldampfers, Depir, beide Belgier, von Arabern überfallen und verwundet.

Revolution in China.

Berlin, 20. August. Das „Berl. Tagebl.“ erfährt aus London, 19. August: Den neuesten Meldungen zufolge haben die Regierungstruppen nach blutigem Kampf den Purvurberg und den Tigerhügel wieder gewonnen. Die Nordarmee hat Ningking jetzt vollständig eingeschlossen. Der übrige Teil des Tongfengebiets ist ruhig. Doch wird in Shanghai ebenfalls der baldige Ausbruch von Kämpfen befürchtet. Die Verbündung mit Kuoming ist abgeschnitten. In Kanton ist alles ruhig. Doch die Hälfte der indischen Truppen ist von Shomeen zurückgezogen worden.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Kein Ultimatum.

Washington, 19. August. Wie bereits mitgeteilt, stellt die Regierung in Abrede, ein Ultimatum der Regierung von Mexiko erhalten zu haben. Staatssekretär Bryan erklärt, daß er lediglich eine neue Ablehnung der amerikanischen Vorschläge zu einer friedlichen Beilegung der Revolution erhalten habe. Obwohl die Mitglieder der Regierung über diesen Vorschlag stillschweigend bewahren, ist es wahrscheinlich, daß diese Ablehnung alle Beziehungen mit Huerta aufhebt. Der Senat und amtliche Kreise erklären, daß die Regierung alles getan habe, was ein freundlich gehüteter Nachbar hätte tun können, ohne die Gewalt zu Hilfe zu nehmen, wofür keine Stimmung bestehe. Das einzige Interesse der Vereinigten Staaten sei jetzt der Schutz von Leben und Eigentum. Die finanziellen Verluste könnten durch Entschädigungen gedeckt werden. Die Menschenleben würden am besten dadurch geschützt, daß die Bürger der Vereinigten Staaten Mexiko verließen. Die Regierung